

Personalvorsorgestiftung der Max Schreibgeräte AG

ANLAGEREGLEMENT

Genehmigt am 4. Juni 2024
Gültig ab 4. Juni 2024

INHALTSVERZEICHNIS

EINFÜHRUNG	3
ART. 1 GRUNDSÄTZE	3
ART. 2 ELEMENTE	3
ART. 3 LAUFENDE VERWALTUNG	4
ART. 4 VERANTWORTUNG	4
ART. 5 ANLAGEGRUNDSÄTZE	4
LANGFRISTIGE ANLAGESTRATEGIE	6
ART. 6 ALLGEMEINES	6
ART. 7 ZIELE	6
ART. 8 RISIKEN	6
ART. 9 STRATEGIE	6
ART. 10 STRATEGISCHE VERMÖGENSALLOKATION	7
ART. 11 FINANZIELLE RESERVEN	7
ART. 12 WÄHRUNGSABSICHERUNG	8
UMSETZUNG DER ANLAGESTRATEGIE	9
ART. 13 ANLAGESTRATEGIE	9
ART. 14 ALTERNATIVE ANLAGEN	10
ART. 15 ANLAGEN BEIM ARBEITGEBER	10
ART. 16 ANFORDERUNG AN DIE BERICHTERSTATTUNG	11
ART. 17 VERANTWORTUNGSBEWUSTE INVESTITIONEN	11
ART. 18 WERTSCHRIFTENLEIHE	11
ART. 19 CORPORATE GOVERNANCE	11
ART. 20 BEWERTUNG DER ANLAGEN UND RÜCKSTELLUNGEN	11
ARBEITSRICHTLINIEN	12
ART. 21 ALLGEMEINES	12
ART. 22 VERANTWORTUNG DES STIFTUNGSRADES	12
ART. 23 VERANTWORTUNG DES ANLAGEVERWALTERS	12
ART. 24 AKTIONÄRSSTIMMRECHT	13
ART. 25 ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG AUS VERSICHERUNGSVERTRÄGEN	13
ART. 26 INTEGRITÄT UND LOYALITÄT DER VERANTWORTLICHEN	13
ART. 27 ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN	14
ART. 28 GEBÜHREN DES VERWALTERS	14
ART. 29 GEBÜHREN DES ANLAGEBERATERS	15
ART. 30 INKRAFTTRETEN	15

EINFÜHRUNG

ART. 1 GRUNDSÄTZE

1. Dieses Anlagereglement für die Vermögensbewirtschaftung legt die Grundsätze, Richtlinien, Aufgaben und Kompetenzen fest, die bei der Bewirtschaftung des Vermögens der Personalvorsorgestiftung der Max Schreibgeräte AG (nachfolgend „PVS“) zu beachten sind (BVV2 49a Abs. 2 lit a).
2. Die Anforderungen an Vermögensverwalter müssen gemäss Art. 48f Abs. 2 BVV2 eingehalten werden.
3. Die entsprechenden Vorschriften des Bundesgesetzes über die kollektiven Kapitalanlagen und dessen Ausführungserlasse gelten analog (Art. 55 Abs. 1 lit. A KAG, SR 951.31 und Art. 76 KKV, SR 951.311 und Art. 1 ff. KKV-FINMA, SR951.312).
4. Im Vordergrund der Bewirtschaftung des Vermögens stehen ausschliesslich die finanziellen Interessen der Destinatäre.
5. Mit der Vermögensbewirtschaftung ist anzustreben, dass das finanzielle Gleichgewicht der PVS nachhaltig gestärkt werden kann. Bei einer Unterdeckung im Sinne vom BVV2 Art. 44 Abs. 1 gelten die Massnahmen gemäss BVG Art. 65c, d zur Behebung. Diese müssen auf einer reglementarischen Grundlage beruhen und der besonderen Situation der PVS Rechnung tragen.
6. Das Vermögen ist mit dem Ziel zu bewirtschaften, dass:
 - a. die versprochenen Leistungen jederzeit termingerecht ausbezahlt werden können (BVG Art. 65),
 - b. die anlagepolitische Risikofähigkeit eingehalten und damit die nominelle Sicherheit der versprochenen Leistungen gewährleistet wird,
 - c. im Rahmen der Risikofähigkeit die Gesamtrendite (laufender Ertrag plus Wertveränderungen) optimiert wird, damit langfristig ein möglichst grosser Beitrag zur Realwerterhaltung der versprochenen Leistungen erzielt werden kann.
7. Die Risikofähigkeit der PVS ist insbesondere von der finanziellen Lage (u.a. durch den Deckungsgrad ausgedrückt) sowie der Struktur und der Beständigkeit des Destinatärbestandes abhängig (BVV2 Art. 50 Abs. 2).
8. Die Vermögensanlagen:
 - a. werden auf verschiedene Anlagekategorien, Regionen, Währungen, Wirtschaftszweige und gegebenenfalls Laufzeiten verteilt (BVV2 Art. 50 Abs. 3),
 - b. setzt sich aus Anlagen zusammen, die eine marktkonforme Rendite abwerfen (BVV2 Art. 51).
9. Bei der Implementierung der Anlagestrategie bedient sich die PVS folgender Mittel:
 - a. Einer Anlageorganisation und Kompetenzregelung, welche einen effizienten und nach dem Mehraugenprinzip strukturierten Entscheidungsprozess sicherstellen.
 - b. Planungs- und Überwachungsinstrumente, insbesondere eines Liquiditätsplans und periodischer Analysen der Anlageresultate und der Risikofähigkeit zur Feststellung der Anforderungen an die Anlagestrategie sowie zur Überprüfung der Zielerreichung.

ART. 2 ELEMENTE

1. Die Anlagerichtlinien der PVS können in die folgenden drei Sektionen unterteilt werden:

- a. Langfristige Anlagestrategie: Diese Anlageziele werden in Form einer langfristig anzustrebenden Vermögensstruktur konkretisiert (Strategische Asset Allokation), welche die langfristigen Rendite- und Risikoeigenschaften der verschiedenen Anlagekategorien berücksichtigt.
- b. Implementierung der Anlagestrategie: Das Vermögen der PVS soll so angelegt werden, dass das oben erwähnte Ziel so weit wie möglich erreicht wird. Diese Sektion erläutert die anzuwendende Strategie und den tolerierbaren Abweichungsgrad der laufenden Struktur.
- c. Arbeitsrichtlinien: Sie beinhalten eine Beschreibung der Arbeitsverantwortung der jeweiligen Parteien.

ART. 3 LAUFENDE VERWALTUNG

1. Die Anlageverwaltung umfasst folgende fünf Parteien:
 - a. Die Stifterfirma (das Unternehmen)
 - b. Den Stiftungsrat
 - c. Die Anlageverwalter (mehrere Parteien)
 - d. Die Depotbank
 - e. Den Anlageberater

ART. 4 VERANTWORTUNG

1. Der Verantwortungsbereich jeder Partei sollte gemäss folgender Regelung soweit wie möglich getrennt, nicht überschneidend und nicht konkurrierend sein:
 - a. Die Stifterfirma ernennt die Hälfte der Mitglieder des Stiftungsrats, welche ihre Belange im bestmöglichen Verhältnis zwischen den Anliegen der Stifterfirma und denjenigen der PVS vertreten.
 - b. Der Stiftungsrat hat die Gesamtverantwortung für die PVS. Er besteht aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Der Stiftungsrat tritt mindestens einmal jährlich zusammen, um die Resultate des vorangehenden Kalenderjahrs zu prüfen und die Strategie für das kommende Jahr einschliesslich der vorgeschlagenen Allokation der Mittel zu genehmigen. Der Anlageerfolg wird im Vergleich zu den Zielen, Peer-Gruppen und anderen adäquaten Benchmarks gemessen.
 - c. Der Stiftungsrat wird von einem **Anlageberater** unterstützt, welcher unabhängigen Rat zur Wahl der Anlagestrategie und der Anlageverwalter liefert, sowie den Anlageerfolg überwacht. Zurzeit ist Mercer der Anlageberater.
 - d. Die **Depotbank** erbringt Dienstleistungen wie Buchführung und Performancemessung.
 - e. Die **Vermögensverwalter** rapportieren an den Stiftungsrat. Diese sind für die Verwaltung der Mittel der PVS im Rahmen der Grundsätze, Zielsetzungen und Richtlinien der Aufträge verantwortlich. Der Stiftungsrat hat eine Reihe von Vermögensverwaltern ernannt, um die Ziele der PVS zu erreichen.

ART. 5 ANLAGEGRUNDSÄTZE

Der Stiftungsrat hat seine Anlagegrundsätze, welche als Richtschnur für die Verwaltung des Vermögens der PVS gelten, formuliert und schriftlich festgehalten.

Übergeordnete Leitsätze bezüglich der Strategie

1. Die Vermögensallokation ist der wichtigste Faktor für die Gesamtrendite der Anlagen.
2. Anlageklassenübergreifende Diversifikation reduziert das Risiko und die Volatilität.
3. Bessere risikobereinigte Renditen können komplexere Regelungen erfordern, für welche eine adäquate Governance vorausgesetzt wird.

Untergeordnete Leitsätze bezüglich der Strategie

4. Ein global diversifizierter Investitionsansatz ist unter Rendite- und Risikogesichtspunkten vorteilhaft.
5. Mit Investitionen in illiquide Vermögenswerte kann eine Illiquiditätsprämie erzielt werden.
6. Der Stiftungsrat sollte eine Währungsabsicherungspolitik festlegen (siehe Punkt 12).

Auswahl der Manager

7. Aktives Management ist eine Fähigkeit und kann einen Mehrwert schaffen, jedoch können selbst die besten Manager für einen gewissen Zeitraum eine unterdurchschnittliche Leistung aufweisen.
8. Vermögensverwalterübergreifende Diversifikation kann erforderlich sein, um das Risiko eines aktiven Managementansatzes zu reduzieren. Zudem kann ein einzelner Manager nicht alle Anlageklassen hinreichend gut verwalten.
9. Es sollte ausreichend Liquidität vorhanden sein, um die Leistungen bei Fälligkeit auszahlen zu können, ohne dass ein Zwangsverkauf von Vermögenswerten zu niedrigen Preisen notwendig ist.

Umsetzung

10. Das Erreichen eines optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnisses steht in direktem Zusammenhang mit dem Investitionserfolg.

Überwachung

11. Eine wirksame Überwachung verbessert die Qualität der Entscheidungsfindung.

Verantwortungsbewusste Investitionen

12. Umwelt-, Soziale- und Corporate-Governance-Themen ("ESG") können einen wesentlichen Einfluss auf Anlagerisiken und Erträge haben und dazu beitragen, dass die Anlageziele erreicht werden können.
13. Langfristige Nachhaltigkeitsthemen (z.B. Klimawandel) bergen Risiken und Chancen, die explizit berücksichtigt werden müssen.
14. Die verantwortungsbewusste Wahrnehmung der Aktionärsrechte bzw. ein verantwortungsbewusster Anleger (insbesondere mit Blick auf die Abstimmungsrechte) kann zur Schaffung und zum Erhalt langfristiger Werte beitragen.
15. Es ist wichtig, den Mitgliedern gegenüber transparent und verantwortungsbewusst zu sein.

LANGFRISTIGE ANLAGESTRATEGIE

ART. 6 ALLGEMEINES

1. Der Ausgangspunkt für eine langfristige Anlagestrategie ist die Zielsetzung für die PVS. Diese langfristige Strategie wird danach in eine praktische Strategie zur Allokation der Mittel umgesetzt.

ART. 7 ZIELE

1. Die Anlageziele des Stiftungsrates sind massgebend für die strategische Vermögensanlage. Diese Ziele haben zum Zweck, die verschiedenen Risiken der PVS zu kontrollieren.
2. Oberstes Ziel des Stiftungsrates ist es sicherzustellen, dass die Aktiven der PVS die fälligen Verpflichtungen gegenüber den Destinatären abdecken. Das offensichtlichste Mass für die Fähigkeit der PVS die Verpflichtungen der Destinatäre decken zu können ist das Verhältnis des Vermögens zu den erworbenen Ansprüchen (d.h. der Deckungsgrad gemäss Art. 44 BVV2). Das oberste Ziel des Stiftungsrates kann daher auch als der Wille ausgedrückt werden, den Deckungsgrad zu jeder Zeit bei mindestens 100% zu halten. Es wird jedoch anerkannt, dass die Wertschwankungen des Vermögens von Zeit zu Zeit einen Deckungsgrad von weniger als 100% bewirken können.
3. Der Stiftungsrat kann, soweit dies nicht in Widerspruch zu Art. 1 Abs. 4 steht, die Ansichten der Stifterfirma in Betracht ziehen, da er sich der Kapazität und der Bereitschaft der Stifterfirma bewusst ist, die Vorsorgeverpflichtungen gegenüber den Destinatären in Übereinstimmung mit den Reglementen zu finanzieren. Nach Rücksprache mit der Stifterfirma und Berücksichtigung der schriftlich erfolgten Ratschläge des Anlageberaters hat der Stiftungsrat daher folgende Anlageziele festgelegt:
 - a. Volle langfristige Deckung basierend auf einer fortlaufenden Beurteilungsgrundlage;
 - b. Vermeiden von unverhältnismässigen Schwankungen in den Barzahlungsforderungen gegenüber der Stifterfirma im Falle einer Unterdeckung;
 - c. Beschränkung der Wahrscheinlichkeit, dass der Deckungsgrad gemäss Art. 44 BVV2 unter 100% fällt;
 - d. Gewährleistung der Rechtmässigkeit gemäss Schweizer Gesetz.

ART. 8 RISIKEN

1. Die PVS ist verschiedenen Risiken ausgesetzt. Der Stiftungsrat hat folgende Risiken in Betracht gezogen und aufgrund von schon durchgeführten Verfahren und Kontrollen als tragbar beurteilt:
 - a. Das Risiko, dass sich der Deckungsgrad der PVS verschlechtert. Der Stiftungsrat sieht ein, dass jede Anlagestrategie wesentliche Schwankungen im Deckungsgrad mit sich ziehen kann.
 - b. Das Risiko einer ungenügenden Deckung der Vorsorgeverpflichtungen durch das Vorsorgevermögen, berechnet nach Art. 44 BVV2.
 - c. Das Risiko, dass die laufende Vermögensverwaltung die vom Stiftungsrat erwartete Rendite nicht erreicht.

ART. 9 STRATEGIE

1. Die Gesamtziele sollen mit folgender Strategie erreicht werden:
 - a. Abstimmung mit dem Risikoprofil der PVS
 - b. Akzeptables Gleichgewicht zwischen Risiko und Ertrag.
2. Das Risikoprofil beinhaltet zwei getrennte Betrachtungen:
 - a. Ein offener Beitragsprimatplan mit einem variablen Deckungsgrad.

- b. Die Altersguthaben werden entsprechend den Minimalanforderungen des Schweizer Gesetzes und den punktuellen Beschlüssen des Stiftungsrates verzinst. Der Mindestzinssatz auf den BVG-Altersguthaben entspricht dem BVG Zins.

ART. 10 STRATEGISCHE VERMÖGENSALLOKATION

1. Der Stiftungsrat hat die folgende langfristige Anlagestrategie für die PVS festgelegt.

Anlageklassen	Strategische Vermögensallokation
Liquidität & Obligationen	22.0%
Liquidität	1.0%
Obligationen CHF	7.0%
Staatsanleihen (Global)	4.0%
Unternehmensanleihen (Global)	10.0%
Aktien	30.0%
Aktien Schweiz	6.0%
Aktien Global	15.0%
Aktien Defensiv (Global)	5.0%
Aktien Schwellenländer	4.0%
Immobilien	21.0%
Immobilien Schweiz (Direkt)	16.0%
Immobilien Welt (Direkt)	5.0%
Alternative Anlagen	27.0%
Fund of Hedge Funds	12.0%
Multi-Asset Credit	10.0%
Private Debt	5.0%

ART. 11 FINANZIELLE RESERVEN

1. Der Stiftungsrat hält es für angebracht, eine finanzielle Reserve aufzubauen, um die langfristige Zahlungsfähigkeit der PVS sicherzustellen. Die Höhe der Reserve, die Zinspolitik und die Anlagestrategie sind untrennbar miteinander verbunden. Eine Anpassung eines dieser Elemente wird die übrigen beiden beeinflussen. Daher müssen alle Beschlüsse zu einem dieser Elemente unter dem Aspekt des Einflusses auf die übrigen Elemente geplant werden.

Ziel der Wertschwankungsreserve ist es, die Auswirkung von negativen Renditen und Wertverlusten zu kompensieren. Der erforderliche Zielwert der Reserve wird nach finanzwirtschaftlichen Grundsätzen festgelegt (Value-at-Risk Methode). Der Zielwert wird in Abhängigkeit von den erwarteten Rendite- und Risikoeigenschaften der strategischen Asset Allokation (SAA), der erforderlichen Rendite, die sich aus den Verbindlichkeiten ergibt, vom Sicherheitsniveau (97.5%) und vom Zeithorizont (1 Jahr) festgelegt. Die erforderliche Wertschwankungsreserve basiert auf der aktuellen Anlagestrategie und wird als Prozentsatz des Wertes aller Verbindlichkeiten und versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen. Als allgemeine Regel gilt, dass die erforderliche Wertschwankungsreserve für die angewandte Anlagestrategie mindestens 12% der Summe aus Vorsorgekapital und technischen Rückstellungen betragen soll. Eine Überprüfung findet statt, wenn sich die Anlagestrategie ändert, jedoch mindestens alle fünf Jahre. Solange die Wertschwankungsreserve nicht voll aufgebaut ist, werden ihr alle Überschüsse gutgeschrieben, bis sie die Zielgrösse erreicht. In speziellen Situationen kann der Stiftungsrat dazu Ausnahmen beschliessen.

ART. 12 WÄHRUNGSABSICHERUNG

1. Die Anlagestrategie kann eine Währungsabsicherung vorsehen, um das Risiko von Fremdwährungen, die sich aus der Investition in ausländischen Vermögenswerten ergeben, zu steuern. Die gegenwärtige vom Stiftungsrat beschlossene Währungsabsicherungsstrategie sieht vor, dass liquide Anleihen, Absolute-Return-Mandate sowie Globale Immobilien in CHF abgesichert werden müssen (globale Immobilien können nur teilweise abgesichert werden), falls währungsgesicherte Anteilsklassen bei den ausgewählten Vermögensverwaltern verfügbar sind.

UMSETZUNG DER ANLAGESTRATEGIE

ART. 13 ANLAGESTRATEGIE

1. Die Benchmark-Anlagestrategien sind in den folgenden Tabellen dargestellt.
 - a. Teilindizes werden zur Berechnung der Benchmark-Performance herbeigezogen.
 - b. Für die Verwaltung der einzelnen Anlageklassen wurden Anlageverwalter ausgewählt, wobei je nach Anlageklasse eine Kombination aus aktivem und passivem Management eingesetzt wird.
 - c. Die oberen und unteren Bandbreiten definieren die maximal zulässigen Abweichungen von der strategischen Anlagestrategie. Die Einhaltung dieser taktischen Bandbreiten wird quartalsweise überprüft. Abweichungen von den taktischen Bandbreiten in der Vermögensstruktur werden innerhalb einer angemessenen Frist behoben. Das Rebalancing berücksichtigt die Zahlungsströme in und aus der PVS.
 - d. Der Stiftungsrat bestätigt, dass die nachstehend beschriebene Strategie mit der Risikofähigkeit des Plans und den Richtlinien aus Artikel 50 BVV2 übereinstimmt, welche über die in Artikel 55 beschriebenen Anlagegrenzen hinausgehen können. Insbesondere bestätigt der Stiftungsrat, dass der Anteil an Alternativen Anlagen bei über 15% liegt, während die Bandbreiten Investitionen in nichtabgesicherten Fremdwährungen mehr als 30% erlauben (diese Ausnahmeregelung stützt sich auf Art. 50 Abs. 4 BVV2). Darüber hinaus verweist Art. 27 Abs. 2 auf die erforderlichen Offenlegungen. Daher macht der Stiftungsrat von der Möglichkeit Gebrauch, die BVV2-Limiten im Bereich der alternativen Anlagen und nicht abgesicherten Fremdwährungen zu überschreiten und stellt dies im Anhang zur Jahresrechnung abschliessend dar.

Anlageklasse	Index	Benchmark	Bandbreiten	
			Min	Max
Liquidität & Obligationen				
Liquidität	FTSE 3-Month CHF Eurodeposit	1.0%	0.0%	10.0%
Obligationen CHF	Swiss Bond Index AAA-BBB (TR)	7.0%	5.5%	8.5%
Staatsanleihen (Global)	FTSE Non-CHF World Government Bond Index (TR) (CHF Hedged)	1.3%	1.0%	1.6%
Staatsanleihen (Global)	Bloomberg Global. Treasury ex CHF Fiscal. Strength (TR) (CHF Hedged)	2.7%	2.0%	3.4%
Unternehmensanleihen (Global)	Bloomberg Global Aggregate Corporates ex CHF (TR) (CHF Hedged)	10.0%	8.0%	12.0%
Aktien				
Aktien Schweiz	SPI (RI)	6.0%	4.0%	8.0%
Aktien Global	MSCI World ex Switzerland (TR) Index	15.0%	10.0%	20.0%
Aktien Defensiv (Global)	MSCI World (Net) Total Return Index	5.0%	3.0%	7.0%
Aktien Schwellenländer	MSCI Emerging Markets (Net) Total Return Index	4.0%	2.5%	5.5%
Immobilien				
Immobilien CH (Direkt)	KGAST Immo-Index	16.0%	10.0%	22.0%

Immobilien Welt (Direkt)	INREV GREFI Core (TR) (85% hedged in CHF)	5.0%	3.0%	7.0%
Alternative Anlagen				
Fund of Hedge Funds	3-Month CHF Eurodeposit +3.0% p.a.	12.0%	7.0%	17.0%
Multi-Asset Credit	50% ICE BofAML Global High Yield Constrained Index und 50% S&P US Leveraged Loans Index (CHF Hedged)	10.0%	7.0%	15.0%
Private Debt	Bestätigung noch ausstehend (0% Rendite in CHF, die vorläufig für die Anlageüberwachung verwendet wird)	5.0%	0.0%	8.0%
Multi Asset-Strategy	3-Month CHF Eurodeposit +4.0% p.a.	0.0%	0.0%	8.0%
Total		100%		
Total Ausl. Währungen		29.8%	16.0%	41.6%
Total Obligationen		22.0%	16.5%	35.5%
Total Aktien		30.0%	19.5%	40.5%
Total Immobilien		21.0%	13.0%	29.0%
Total Alternative Anlagen		27.0%	14.0%	48.0%

TR: Total Return

RI: Return Index

NR: Net Return

2. Weiter gelten folgende Einschränkungen:

- a. Derivate dürfen nur in Übereinstimmung mit dem BVG eingesetzt werden.
- b. Performance-Kriterien: Der Anlageverwalter muss die Ergebnisse des Benchmarks erreichen.

ART. 14 ALTERNATIVE ANLAGEN

1. Die Anlagestrategie kann alternative Anlagen, wie Hedge Funds oder Private Debt beinhalten, welche möglicherweise eine niedrige Liquidität aufweisen.
2. Die Anlageklasse «Multi Asset Credit» wird im (ökonomischen) Performance Reporting unter den Obligationen geführt, obwohl es teilweise auch Anlagen beinhaltet, welche in die Alternative Quote gehören. Nach BVV2 werden diese Anlageklassen gesamt unter Alternative Anlagen subsumiert.

ART. 15 ANLAGEN BEIM ARBEITGEBER

1. Die Anlagestrategie beinhaltet keine direkten Anlagen bei der Stifterfirma.

ART. 16 ANFORDERUNG AN DIE BERICHTERSTATTUNG

1. Die Depotbank muss der Buchhaltung der PVS monatlich innerhalb von 12 Werktagen nach Monatsende eine Darstellung übermitteln, aus der die Details der Anlagetätigkeiten und die monatliche Performance hervorgehen.
2. Die Depotbank muss dem Stiftungsrat vierteljährlich innerhalb von 4 Wochen nach Quartalsende einen Anlagebericht zustellen. Dieser Bericht muss folgende Angaben beinhalten:
 - a. Aktueller Stand der Anlagen, inklusive Zusammenfassung der Aufteilung in CHF und Fremdwährungen
 - b. Performance-Berechnung
 - c. Risikofaktoren

ART. 17 VERANTWORTUNGSBEWUSTE INVESTITIONEN

1. Die PVS hat ihren Ansatz für verantwortungsbewusste Investitionen in ihren Anlagegrundsätzen festgehalten (siehe Punkt 5). Diese Grundsätze werden beispielsweise bei der Auswahl der Vermögensverwalter herangezogen.
2. Da die Anlagen der PVS über gepoolte Anlagefonds laufen, akzeptiert der Stiftungsrat, dass die Anlagen in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Vermögensverwalter bezüglich sozialen, umweltbewussten und ethischen Betrachtungen erfolgen. Der Stiftungsrat hat dazu Informationen von jedem Vermögensverwalter erhalten und befunden, dass diese Haltung mit seiner Verantwortung gegenüber den Destinatären vereinbar ist.

ART. 18 WERTSCHRIFTENLEIHE

1. Auf direkter Ebene des Anlagevermögens erfolgt keine Wertschriftenleihe. Soweit die Anlagen der PVS über gepoolte Anlagefonds laufen, akzeptiert der Stiftungsrat, dass in Übereinstimmung mit der eigenen Anlagepolitik des Anlageverwalters innerhalb der Fonds Wertschriftenleihe betrieben wird bzw. betrieben werden kann. Der Stiftungsrat hat dazu Informationen von jedem Anlageverwalter erhalten und befunden, dass diese Haltung mit seiner Verantwortung gegenüber den Destinatären vereinbar ist.

ART. 19 CORPORATE GOVERNANCE

1. Da die Anlagen der PVS über gepoolte Anlagefonds laufen, akzeptiert der Stiftungsrat, dass die Anlagen in Übereinstimmung mit der eigenen Anlagepolitik des Anlageverwalters bezüglich Corporate Governance erfolgen. Der Stiftungsrat hat dazu Informationen von jedem Anlageverwalter erhalten und befunden, dass diese Haltung mit seiner Verantwortung gegenüber den Destinatären vereinbar ist.

ART. 20 BEWERTUNG DER ANLAGEN UND RÜCKSTELLUNGEN

1. Die Anlagen und Rückstellungen der PVS werden in der Jahresrechnung der PVS zu denjenigen Werten ausgewiesen, welche unter Swiss GAAP FER26 zulässig sind und unter Anwendung von allen besonderen Regeln im separaten Rückstellungsreglement der PVS.

ARBEITSRICHTLINIEN

ART. 21 ALLGEMEINES

1. Dies ist eine Beschreibung der Verantwortungsverteilung zwischen dem Stiftungsrat und den Vermögensverwaltern.

ART. 22 VERANTWORTUNG DES STIFTUNGSRATES

1. Der Stiftungsrat nimmt gemäss BVG Art. 51a Abs. 2 und BVV2 Art. 49a die Gesamtleitung der PVS wahr. Er gestaltet, überwacht und steuert nachvollziehbar die ertrags- und risikogerechte Vermögensbewirtschaftung. Konkret nimmt der Stiftungsrat die folgenden, unübertragbaren und unentziehbaren Aufgaben wahr:
 - a. Trägt die Verantwortung für die Bewirtschaftung des Vermögens einschliesslich der Festlegung des Finanzierungssystems.
 - b. Legt die Grundsätze und Ziele der Vermögensanlage fest und sorgt dafür, dass diese entsprechend reglementarisch festgehalten werden.
 - c. Legt entsprechend Art. 53 BVV2 ("Zulässige Anlagen") und Art. 55 BVV2 ("Kategoriebegrenzungen") die langfristige Anlagestrategie, die Anlagerichtlinien und die taktischen Bandbreiten fest.
 - d. Sorgt dafür, dass bei Abweichungen gegenüber den BVV2-Richtlinien (u.a. nach Art. 53-56) diese gemäss Art. 50 Abs. 4 BVV2 im Anhang der Jahresrechnung schlüssig dargelegt werden.
 - e. Überprüft jährlich, oder wenn ausserordentliche Ereignisse es erfordern, die Anlagestrategie bzw. die mittel- bis langfristige Übereinstimmung zwischen den Vermögensanlagen und den Verpflichtungen der PVS. Periodisch wird eine detaillierte Analyse erstellt.
 - f. Kann die Kompetenz für die Durchführung der Anlagestrategie im Rahmen der Grundsätze, Zielsetzungen und Richtlinien delegieren.
 - g. Ist für die Anlageorganisation verantwortlich, welche Art. 48f-I BVV2 unterliegt ("Integrität und Loyalität der Verantwortlichen"; vgl. Abschnitt 4.5 dieses Reglements mit gleicher Bezeichnung).
 - h. Legt den Liquiditätsplan zur Verwendung der freien Mittel fest, welcher durch die Geschäftsführung ausgeführt wird. Dieser berücksichtigt unter anderem Art. 52 BVV2 betreffend die Fälligkeit von Versicherungs- und Freizügigkeitsleistungen.
 - i. Entscheidet über Anlagen beim Arbeitgeber.
 - j. Genehmigt die Jahresrechnung und ist für die Ausgestaltung des Rechnungswesens verantwortlich.
 - k. Erlässt weitere Richtlinien über die Bewirtschaftung einzelner Anlagekategorien oder Anlageinstrumente wie z.B. Einsatz derivativer Instrumente.
 - l. Entscheidet gemäss den entsprechenden Vorschriften des Bundesgesetzes über kollektive Kapitalanlagen über die Zulässigkeit der Wertschriftenleihe (Securities Lending). Sofern solche Geschäfte vorgenommen werden, soll aus Sicherheitsüberlegungen der 'Principal-Ansatz' dem 'Agent-Ansatz' vorgezogen werden.
 - m. Entscheidet über die Ausübung der Aktionärsstimmrechte gemäss Art. 49 Abs. 2 lit. b BVV2 (vgl. Besondere Bestimmungen).

ART. 23 VERANTWORTUNG DES ANLAGEVERWALTERS

1. Der Anlageverwalter ist verantwortlich für:
 - a. Das Handeln innerhalb der vereinbarten Richtlinien.
 - b. Das Festlegen einer für das Portfolio vorgeschlagenen Anlagezusammenstellung (wo angebracht), unter Vorbehalt von Einschränkungen. Die vorgeschlagene Anlagezusammenstellung wird mit dem Stiftungsrat als

Bestandteil der regelmässigen Anlagestrategie- und Performancebeurteilungen überprüft. Die verwendeten Anlagevehikel werden in den mit den Anlageverwaltern unterzeichneten Vereinbarungen festgehalten.

- c. Das Bereitstellen der notwendigen Informationen für den Stiftungsrat.
- d. Das Erreichen der notwendigen Leistungskriterien.
- e. Das Erfüllen der Anforderungen an den Vermögensverwalter gemäss Art. 48f Abs. 2 BVV2

ART. 24 AKTIONÄRSSTIMMRECHT

1. Die PVS hält zurzeit keine stimpfpflichtigen Aktien. Falls die PVS stimpfpflichtige Aktien erwirbt, muss die Ausübung der Aktionärsstimmrechte reglementarisch festgehalten werden.
2. Stimpfpflichtig sind Aktien:
 - a. welche von einer Gesellschaft gemäss schweizerischem Obligationenrecht ausgegeben wurden und im In- oder Ausland kotiert sind; und
 - b. welche entweder direkt gehalten werden, oder (bei indirekten Anlagen) der PVS die Möglichkeit abzustimmen geben (falls der Fonds von der PVS kontrolliert wird oder ihr die Möglichkeit abzustimmen gibt).

ART. 25 ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG AUS VERSICHERUNGSVERTRÄGEN

1. Der Stiftungsrat ist für die versicherungstechnische Gesundheit der PVS verantwortlich. Um dieses Ziel zu erreichen, kann er Versicherungsverträge abschliessen, um die versicherungstechnischen Risiken ganz oder teilweise zu versichern. Der Stiftungsrat ist sich bewusst, dass die gesamten reglementarischen Beiträge der versicherten Mitglieder und der Stifterfirma ungenügend sein können und dass in diesem Fall die PVS und die Stifterfirma eine grössere Verantwortung tragen als die Destinatäre.
2. Wenn zusammen mit Risikoleistungen auch Altersleistungen bei einer Versicherung gedeckt sind, gelten alle Überschüsse des Versicherungsvertrags nach dem Stiftungsratsbeschluss betreffend die Anpassung der laufenden Renten an die Preisentwicklung als kollektive zusätzliche Anlagerenditen, deren Hauptziel eine Herabsetzung der gesamten Versicherungsprämie der folgenden Vertragsperiode ist.
3. Sind nur Risikoleistungen bei einer Versicherungsgesellschaft gedeckt, werden alle Überschüsse des Versicherungsvertrags ausschliesslich als Gutschriften auf die Prämienabrechnung der Versicherungsgesellschaft gebucht, um die Versicherungsprämie für die folgende Vertragsperiode herabzusetzen.
4. Der Stiftungsrat bestätigt jährlich die Verwendung des Überschusses aus dem Versicherungsvertrag und teilt der Versicherungsgesellschaft seinen Beschluss nach Erhalt der jährlichen Überschussabrechnung der Versicherungsgesellschaft mit.

ART. 26 INTEGRITÄT UND LOYALITÄT DER VERANTWORTLICHEN

1. Allgemeines (Art. 48f BVV2): Die mit der Geschäftsführung oder Verwaltung der PVS oder mit der Vermögensverwaltung betrauten Personen:
 - a. müssen einen guten Ruf geniessen und Gewähr für eine einwandfreie Geschäftstätigkeit bieten (Art. 51b Abs. 1 BVG);
 - b. unterliegen der treuhänderischen Sorgfaltspflicht und müssen in ihrer Tätigkeit die Interessen der Destinatäre der PVS wahren.
2. Personen, welche die Geschäftsführung der PVS ausüben, müssen gründliche praktische und theoretische Kenntnisse im Bereich der beruflichen Vorsorge nachweisen.

3. Verantwortlichkeit (Art. 52 Abs. 1 BVG): Alle mit der Verwaltung oder Geschäftsführung betrauten Personen sind für den Schaden verantwortlich, den sie der PVS absichtlich oder fahrlässig zufügen.
4. Vermeidung von Interessenkonflikten (Art. 48h BVV2): Verträge, welche mit externen Beauftragten abgeschlossen werden, müssen spätestens 5 Jahre nach Vertragsabschluss ohne Nachteile für die PVS aufgelöst werden können (Art. 48h Abs. 2 BVV2). Die von der PVS abgeschlossenen Rechtsgeschäfte müssen marktkonformen Bedingungen entsprechen (Art. 51c Abs. 1 BVG).
5. Rechtsgeschäfte mit Nahestehenden (Art. 48i BVV2 und Art. 51c BVG): Bei solchen Geschäften müssen Konkurrenzofferten eingefordert werden, welche marktüblichen Bedingungen entsprechen. Dabei muss über die Vergabe vollständige Transparenz herrschen. Der Begriff "nahestehend" wird in den zwei erwähnten Artikeln näher beschrieben.
6. Eigengeschäfte (Art. 48j BVV2): Personen und Institutionen, die mit der Vermögensverwaltung betraut sind, müssen im Interesse der Einrichtung handeln und dürfen insbesondere nicht:
 - a. die Kenntnis von Aufträgen der Einrichtung zur vorgängigen, parallelen oder unmittelbar danach anschliessenden Durchführung von gleichlaufenden Eigengeschäften (Front / Parallel / After Running) ausnützen;
 - b. in einem Titel oder in einer Anlage handeln, solange die Einrichtung mit diesem Titel oder dieser Anlage handelt und sofern der Einrichtung daraus ein Nachteil entstehen kann;
 - c. Depots der Einrichtungen ohne einen in deren Interesse liegenden wirtschaftlichen Grund umschichten.
7. Abgabe von Vermögensvorteilen (Art. 48k BVV2): Stiftungsverantwortliche Personen oder Institutionen müssen die Art und Weise der Entschädigung und deren Höhen eindeutig bestimmbar und in einer schriftlichen Vereinbarung festhalten. Sie müssen der PVS sämtliche Vermögensvorteile abliefern, die sie darüber hinaus im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer Tätigkeit für die PVS erhalten. Werden externe Personen und Institutionen mit der Vermittlung von Vorsorgegeschäften beauftragt, so müssen sie beim ersten Kundenkontakt die Art und Herkunft sämtlicher relevanter Entschädigungen schriftlich darlegen.
8. Offenlegung (Art. 48l BVV2): Personen und Institutionen, die mit der Geschäftsführung oder Vermögensverwaltung betraut sind, müssen ihre Interessenverbindungen jährlich gegenüber dem obersten Organ offenlegen. Dazu gehören insbesondere auch wirtschaftliche Berechtigungen an Unternehmen, die in einer Geschäftsbeziehung zur PVS stehen. Beim obersten Organ erfolgt diese Offenlegung gegenüber der Revisionsstelle.
9. Vergehen (Art. 76 Abs. 6-8 BVG): Verantwortliche der PVS sind in Kenntnis zu setzen, dass das Nichteinhalten obiger Verpflichtungen strafbar sein kann.

ART. 27 ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN

1. Sofern hierin nichts anderes vereinbart ist und es gesetzlich zulässig ist von der Verordnung über die BVV 2 abzuweichen, ergänzt die Verordnung dieses Reglement.
2. Erweiterungen der Anlagemöglichkeiten sind im Anhang der Jahresrechnung schlüssig darzulegen (Art. 50 BVV2).

ART. 28 GEBÜHREN DES VERWALTERS

1. Eine Gesamtübersicht der Gebührenstruktur der Vermögensverwalter ist ein Bestandteil der mit den Vermögensverwaltern unterzeichneten Vereinbarungen.

ART. 29 GEBÜHREN DES ANLAGEBERATERS

1. Die Gebühren des Anlageberaters werden generell auf einer Stundensatzbasis festgelegt. Für spezifische Projekte werden häufig fixe Beträge bestimmt.
2. Mercer wird als Anlageberater für die PVS beauftragt. Der Anlageberater berät den Stiftungsrat, hat aber keinerlei Verantwortung für die Beschlussfassung. Die Rolle enthält, ist aber nicht darauf begrenzt, folgende Gebiete:
 - a. Unterstützung des Stiftungsrates bei der Formulierung der Anlageziele
 - b. Beratung bezüglich der Anlagestrategie der PVS
 - c. Beratung bezüglich einer geeigneten Anlageorganisation
 - d. Beistand in der Auswahl und der Überwachung der Anlageverwalter
 - e. Koordination der Umsetzung der Anlagebestimmungen
 - f. Teilnahme an den Stiftungsratssitzungen, oder weiteren Sitzungen sofern notwendig, inklusive Beistand für die Tagesordnung, Unterlagen, Überprüfung von Protokollen, usw.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

ART. 30 INKRAFTTRETEN

1. Dieses Anlagereglement wurde vom Stiftungsrat an seiner Sitzung vom 4. Juni 2024 verabschiedet und tritt per 4. Juni 2024 in Kraft gesetzt. Es ersetzt das bisherige Anlagereglement vom 1. Januar 2022.
2. Der Stiftungsrat kann dieses Reglement jederzeit ändern. Änderungen sind der zuständigen Aufsichtsbehörde und allen Verantwortlichen der PVS zur Kenntnis zu bringen.